

Lohnregelung aller Berliner Metallarbeiter, sondern sie ist bereit, sich mit betriebsweisen Einzelverhandlungen abzufinden.

Die Behinderung einer Gesamtbewegung, eines einheitlichen Kampfes der Berliner Metallarbeiter um eine einheitliche Lohnregelung in der Gesamtmetallindustrie Berlins, vor allem aber Mindestlöhne, wie sie überall bestehen, zu erreichen, das ist das Ziel der Bureaukratie in allen Teilbewegungen. Als im Oktober die Bureaukratie die Gesamtbewegung, wie oben ausgeführt, kurzerhand abbrach, stimmte sie Sonderverhandlungen und Sonderabmachungen zu, wie zum Beispiel in der AEG, Brunnenstraße, die eines der sozialdemokratischen Ortsvereinsmitglieder getroffen hatte. Sie schloß also praktisch einen **Werkstarif** ab, wodurch sie die AEG aus der Gesamtbewegung herausriß und damit in die Front der Metallarbeiter eine Lücke schlug, wobei sie praktisch zum Prinzip der **Werkvereine**, nämlich Werkvereinbarungen zu treffen, überging, an die Stelle der kollektiven Lohnregelung der gesamten Berliner Metallindustrie den Weg der Betriebsvereinbarung beibringt, was ja auch der Vorwärts vom 1. März ausdrücklich bekräftigt, in dem er schreibt:

„Der **WV** hat, da in Verhandlungen mit dem **BVM** von den Industriellen abgesehen wurde, doch man gruppensweise sich eventuell verständigen könnte, den Versuch gemacht, Gruppentarife abzuschließen.“

Gerade in der Bewegung der Berliner Metallarbeiter, die jetzt seit einem drei Viertel Jahr läuft, zeigt sich die volle Unfähigkeit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbureaukratie in der Führung von Wirtschaftskämpfen ganz klar und eindeutig. Es verlangt diesen sozialdemokratischen Gewerkschaftsstrategen nicht einmal mehr, eine kollektive Regelung der Löhne zu erreichen. Die Folge davon ist eine ungeheure Zerstückelung in den Kämpfen der Berliner Metallarbeiter. Bei den qualifizierten Facharbeitern, wie den Drechern, Formern und Werkzeugmachern, schwanken die Löhne von 0,80 bis 1,00 Mark pro Stunde, wobei der Durchschnitt sich etwa bei 1,25 Mark bewegt. Tarifliche Mindestlöhne, wie für alle anderen Arbeiter der übrigen Industrie, bestehen nicht, so daß es an der Tagesordnung ist, daß qualifizierte Arbeiter bei 48stündiger Arbeitszeit mit einem Lohn von 15 bis 20 Mark nach Hause gehen müssen.

Tatsächlich ist es allein die **Doppelzungen** unter Führung der Kommunisten gewesen, die unermüdet an der Organisation eines einheitlichen Kampfes der Berliner Metallarbeiter gearbeitet hat, die auch jetzt wieder in der Werkzeugmacherbewegung trotz allen Gehärrs der Reformisten den Weg weist, nämlich im einheitlichen Kampf aller Werkzeugmacher einmal die Forderungen der Werkzeugmacher durchzusetzen und zum anderen durch den Erfolg der Werkzeugmacher Mindestlöhne, eine einheitliche Lohnregelung aller Metallarbeiter zu erreichen.

Vor dem Lohnkampf der Berliner Kommunalarbeiter

Berlin, 6. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die geistige Tarifkommission des Staats- und Gemeindefacharbeiterverbandes stellte für die zum 1. 4. ablaufenden Lohnperiode die Forderung einer Lohnsteigerung von 15 Pf. pro Stunde auf. An weiteren Forderungen für die Tarifverhandlungen wurden die Verabreichung des Pensionaltages von 21 auf 20 Jahre und Minderung der Gruppenbestimmungen gefordert. Die geistige Kommission der Berliner Kommunalarbeiter billigte diese Forderungen. Am dem am 1. April beginnenden Kampf werden neben dem etwa 20.000 Berliner Kommunalarbeitern weitere 20.000 Arbeiter in Reichs-, Staats- und Kommunalbetrieben beteiligt sein. Es werden nicht weniger als 65-70.000 Arbeiter Anfang nächsten Monats den Kampf um Lohnsteigerung aufnehmen, da auch die Arbeiter der drei Berliner Refabetriebe Lohnforderungen gestellt haben.

Schweres Explosionsunglück an der polnischen Grenze

Wie aus Czestochowa gemeldet wird, hat sich in Dzialoszyn, Kreis Bielun, unweit der deutsch-polnischen Grenze, eine furchtbare Explosionskatastrophe ereignet, die zahlreiche Menschenopfer forderte.

Bei einem gewissen Kleber, der sich gewerdbemäßig mit Kohlen- und Zechenabfall beschäftigt, hatten ein polnischer Polizeiposten sowie zwei Beamte der Kaminmaschine in der Wohnung des Kleber eine Hausreinigung abgehalten. Als einer der Beamten im Keller ein Streichholz anzündete, erfolgte eine furchtbare Explosion. Das ganze Haus flog in die Luft. Aus dem Keller drangen hohe Flammen und schwarzer Aetherqualm heraus. Die Flammen vernichteten in wenigen Augenblicken das Haus vollständig. Eine Reihe schwerverletzter Personen lag unter den Trümmern um Hilfe und Rettung, die jedoch kaum möglich war. Verletzte Personen, die Hilfe bringen wollten, erlitten ebenfalls schwere Brandwunden. Das Unglück wurde dadurch noch größer, daß im Keller der Reihe nach einige Kettensägen explodierten.

Bei dem Unglück fanden drei Kinder des Kleber, ein Polizeiposten und ein Kaminfontrollier sofort den Tod. Kleber selbst, seine Frau, vier weitere Beamte und acht Personen, darunter eine Anzahl von denen, die in Hilfe herbeigeeilt waren, wurden schwer verletzt. Ein besonderer Rettungszug ist an den Unglücksort geehrt, der die Opfer nach Czestochowa brachte.

Der Panzerkreuzer ist bewilligt!

In der Sitzung des Haushaltsausschusses vom Sonntag wurde die Ausprache über den Marineetat fortgesetzt. In derselben wurde der Marineleitung von der SPD der Vorwurf gemacht, daß auf den Seckarten von 1927 immer noch die alten hölzernen Schiffe, außerdem wurden als Lehrer in den Marine-Schulen nur deutschsprachige Lehrer verwendet. Auf den letzteren Vorwurf gab der Admiral Jentler überhaupt keine Antwort. Eine längere Debatte löste die von der Marineleitung betriebene Wertpolitik aus. Es wurde festgestellt, daß niedrigere Löhne auf den Marinewerften gezahlt werden, als in der Privatindustrie. Eine Ungeheuerlichkeit ist es, daß die Wertpolitik auch während der Arbeitszeit die Arbeiter überwachet. Weiter wurde kritisiert, daß die Einstellung der Arbeiter nicht durch die öffentlichen Arbeitsnachweise, sondern durch alle möglichen Hinterhütten durchzuführen werde. Kennzeichnend für die Wertpolitik ist der Fall eines Heizers, der einen Kessel hat durchgehen lassen und deshalb den Schaden von 7000 Mark in Katen von seinem 36 Mark betragenden Wochenlohn abtragen sollte. Selbst das Arbeitsgericht in Danabrad mußte in diesem Falle anerkennen, daß das Verhalten der Wertleitung nicht als unzulässig sei. Nachdem die SPD nach dem Admiral die „wichtige“ Frage gestellt hatte, ob ein Modell des Kreuzers „Emden“ nach Doorn bestellt sei, und die Vorschläge zurückgestellt wurde, wurde über die Einzelpositionen des Marineetats abgestimmt. Alle kommunistischen Anträge, die der Genosse Reddermeyer begründete, wurden von allen Parteien, auch von der SPD, abgelehnt. Alle sozialdemokratischen Anträge, für die nach Ablehnung der kommunistischen Anträge auch unsere Fraktion stimmte, verfielen demselben Schicksal.

Damit wurde auch die erste Rate des Panzerkreuzers, das etwa 20 Millionen Mark kosten wird, bewilligt. In der Öffentlichkeit

Der Wirtschaftsetat des Bürgerblods

Großkapitalistische Profitinteressen bestimmen die Wirtschaftspolitik / Das Unternehmerprogramm der Volkspartei / Sozialdemokratische Verwirrungsmanöver

Rede des Genossen Koenen zum Wirtschaftsetat
Berlin, 6. März. (Eig. Drahtbericht.)

Bei der Fortsetzung der Aussprache zum Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums in der Monarchie des Reichstages sprach zunächst der Volkspartei Abgeordnete von Koenen. Der Redner erwartete von den Sozialdemokraten, die doch jetzt in die neue Regierung eintreten wollen, ein positiveres Wirtschaftsprogramm. Er vermaß, daß die SPD jetzt vor den Wahlen noch gewissermaßen in Agitationsreden halten zu lassen. Um so positiver wird sie später im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft mitarbeiten. Koenen lang ein bewegtes Klagelied über die schlimme Lage der deutschen Unternehmer. Das Krisenrisiko sei unabweisbar. Ein Recht auf Kostentilgung über den Stand von Unternehmen könne man nur den Aktionären zubilligen. Der volksparteiliche Redner brach dann eine besondere Partie für den Eisenmarkt. Er verlangte die Aufhebung der Kohlenwertpolitik und das Vorführen der Jügel in der Eisenindustrie. Der Eisenmarkt müßte sich nach weiteren steuerlichen Erleichterungen gewähren werden. Da die deutsche Industrie den Weltmarkt erobern wolle, dürfe die Steigerung der Produktionskosten nicht fortgesetzt werden.

Werner (Berlin (Dem.) übte scharfe Kritik an der Wirtschaftspolitik der Regierung. Nicht ein autonomer Zoll sei erzwungen, dagegen seien eine wichtige Reihe Lebensmittelzölle erhöht worden.

Auf die kommunistische Fraktion sprach Genosse Koenen:

Die Redenlosigkeit des Wirtschaftsministeriums ermächtigt uns der Tatsache, daß die Wirtschaft in Deutschland nicht vom Staat, nicht von der Devisenpolitik, nicht von der Allgemeinheit geleitet und kontrolliert wird, sondern von den großkapitalistischen Kreisen außerhalb dieses Parlaments und dieses Ministeriums. In solchen Stunden, wo man sich im Parlament über das bedeutungsvolle Wirtschaftsministerium unterhält, hören die industriellen Sachverständigen von Berlin belächeln und belächeln darüber, in welcher Reihenfolge die verschiedenen großen Unternehmer der Metallindustrie ihre Arbeiter aus Straßenplätzen werfen lassen. Von dieser Zerstörung der Produktion haben die bisherigen Redner die sich doch so für die Hebung der Produktion einsetzen, kein Wort gesagt. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Auch der Unternehmervertreter Koenen hat kein Wort dafür gefunden, daß gerade die Betriebe, über deren wirtschaftlichen Zustand er sich äußerte — Siemens u. Halske, Siemens-Schuckert u. m. — wegen der Lohnforderungen einer qualifizierten Arbeitergruppe jetzt ihre Betriebe schließen. Der sozialdemokratische Redner Heintz hat am Sonntag den Satz geprägt:

Wenn man also den Berliner Werkzeugmachern keinen angemessenen Lohn zubilligen will, so ist das eine Schärferpolitik, die in das Jahr 1900 gehört, aber nichts mit dem neuen Deutschland zu tun hat.

Welche Demagogie steckt in diesem Satz! Als ob die Schärferpolitik von geringerer Bedeutung wäre als im Jahre 1919! Die großkapitalistische Ausbeutungspolitik ist heute dieselbe wie damals, nur die Namen haben gewechselt. Die Arbeiter müssen mit denselben Mitteln wie im kaiserlichen Deutschland den Klassenkampf gegen die industriellen Schärfermacher führen. Die Arbeiterklasse darf nicht an die wunderbare Mär glauben, daß es heute ein anderes Deutschland wäre, in dem die Unternehmer durch Regierungsgewalt in die Länge genommen werden könnten. Nein, auch die Regierungsgewalt und die gleichen wie damals, nur daß an der Spitze nicht mehr der angestammte Herrscher, sondern sein Generalschichtmaß steht.

Die SPD hat auch nicht die weitestgehende Zustimmung zu diesem Satz und seiner Wirtschaftspolitik zum Ausdruck gebracht. Es ist bezeichnend, daß in der jetzigen Zeit der Hochkonjunktur die sozialdemokratische Partei neben einigen kleinen Fragen und Wünschen keinen einzigen Antrag in den Wirtschaftskreisen zu stellen hatte. Sie beschränkte sich darauf, sich mit den industriellen Vertretern darüber zu unterhalten, wie man die Konjunktur wieder beleben könne. Ja, Hilferufen und keine Rede mehr über die Wirtschaftskrisen, die den Unternehmern Kleinstprofite bringt, als ihr Wert.

Sehr heutig untertänig die kapitalistischen Anschauungen seiner Fraktion dadurch, daß er von dem Ansehen mancher Unternehmer sprach, der daran glaubt, wenn die Nationalisierung nicht richtig durchgeführt und die Konjunktur nicht voll ausgewertet werde. Also lediglich der Unternehmern, nicht aber etwa die kapitalistische Profitinteressen, die Ausbeutungsgelüste der Unternehmer sind daran schuld!

Genosse Koenen unterließ nicht eingehendem Material die wirkliche Lage der Unternehmer in Deutschland, denen es

nach den Ausführungen Koenens so schlecht gehen sollte. Die Wenden von 10 bis 20 Prozent sind an der Tagesordnung. Dazu kommen noch die ungeheuren Profite, die nicht in Form von Dividenden zur Auszahlung gelangen. Die Gewinne der letzten 1 1/2 bis 2 Jahre waren seit der Kriegszeit die höchsten. Im angestiegenen Maße sprechen die Bankdirektoren ganz offen aus, daß in diesen Jahren 1 1/2 bis 2 Jahren viel Geld verdient worden ist. Trotzdem wenden sich neben den Großindustriellen gerade auch die großen Banken jetzt dagegen, daß den Arbeitern Lohn-erhöhungen gewährt werden.

Der Sozialdemokrat Heintz hat in beweglichen Worten geplaudert, den Kapitalisten Deutschlands vorzureden zu können, daß sie der Devisenpolitik Rechenschaft über die Lage ihrer Betriebe ablegen müßten. Diese frommen Wünsche sind nur dazu da, um die Arbeiterklasse zu verwirren. Wenn es jemals eine Zeit der Selbstherrlichkeit der großen Industrieunternehmen gegeben hat, dann ist es die gegenwärtige Zeit. Die prinzipiell kapitalistische Profitwirtschaft beherrscht den Staat, nicht umgekehrt. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Gegenüber der werksfähigen Bevölkerung ist sich auch die Bourgeoisie, die hier so etwas wie eine Regierungsbürokratie aufgeföhrt hat, vollkommen einig. Auch die Sozialdemokraten wollen die Arbeiter glauben machen, daß der Bürgerblod wirklich zerfallen sei. Tatsache ist aber, daß von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen draußen in den Wirtschaftskämpfen, in den großen Streikbewegungen die Bürgerblodfront so fest und geschlossen dasteht, wie nie zuvor. (Sehr wahr! bei den Komm.)

Die Bürgerblodregierung bleibt wie sie war trotz der Auflösung der parlamentarischen Front, die nur ein Wahlmanöver darstellt und sie wird regieren, bis der neue Reichstag zusammentritt. Nur für den getrennten Aufmarsch im Wahlkampf hat man sich gegenseitig Agitationsfreiheit zur Belohnung der Wähler geliebt.

Genosse Koenen geht ausführlich ein auf die Zusammenhänge der Erhöhung der Eisenpreise, in der alle Parteien in völliger Einmütigkeit hinter den Rutschen zusammengearbeitet haben.

Die Volkspartei tritt gegenwärtig mit einem liberalen Mantelchen auf. Sie tritt nach Handelsfreiheit und nach möglichst freier Entwicklung der Wirtschaft. Dabei ist gerade die Eisenwirtschaft ein durchschlagender Beweis dafür, wie sie der Wirtschaft in Wirklichkeit härteste Fesseln zugunsten der Schwerindustrie und des Transkapitals anlegen.

Die Lohnsteigerungen, mit denen die Kosten des Notprogramms beglichen werden sollen, werden erneut einen starken Stoß für das Anwachsen der Teuerung in Deutschland sein. Während die Kreise in Amerika und in England zurückgehen, beginnt in Deutschland trotz aller Erklärungen der Regierung eine neue Teuerungswelle. Ich erinnere nur an die Preis-erhöhung bei den Braunkohlen am 1. April 1928. Es sind wieder die Arbeiter, die Kleinrentnerbetriebe, kleinen Geschäftleute und Kleinrentner, die die Folgen der wucherlichen Ausbeutungspolitik der kapitalistischen Gesellschaft zu tragen haben. Gerade diese Schichten sollen jetzt im Wahlkampf wieder umgarnt werden. Es wird unsere Aufgabe sein, der werksfähigen Bevölkerung nicht nur zu zeigen, daß sie sich durch Streikbewegungen, durch Arbeitszeitkämpfe ein Existenzminimum erringen muß, sondern sie auch daran zu warnen, daß sie sich bei den kommenden Wahlen nicht wieder einhängen lassen darf von der doppelzüngigen Politik der verschiedenen Parteienfronten, der Bürgerblodparteien so gut wie der Sozialdemokratie. Dielet Doppelzüngigkeit gegenüber muß die klare Linie des Klassenkampfes hervorstrahlen, die Arbeiter müssen einsehen, daß nur durch den Klassenkampf auch über die Wahlen hinaus die Wirtschaftspolitik des Bürgerblods nennenswert werden kann. (Bravo! bei den Kommunisten.)

Nach der Rede des Genossen Koenen ruft von der Tribüne eine Frau laut in den Saal: Wo bleibt das Liquidations-schaden-gelbe? Warum nehmen Sie uns jede Möglichkeit, weiter zu leben? Das ist eine Unrechtspolitik! Diese Kräfte werden von der kommunistischen Fraktion mit förmlichem Beifall unterstützt. Da der Vizepräsident Effer hilflos am sich schaut, rufen ihm unsere Genossen zu: Herr Präsident, es ist keine Höllenmaschine da, es ist ganz ungefährlich! Aber wenn es noch lange dauert, kommt auch die Höllenmaschine noch! Heil Genosse Jada! Ich hei. Die Frau wird von einem Diener von der Tribüne entfernt.

In der weiteren Debatte richtete Abgeordneter Molat (Wirtschaft, Vereinigung) scharfe Angriffe gegen die Regierung wegen angeblich ungenügender Berücksichtigung der Interessen des Mittelstandes.

Fortsetzung der Beratung heute, 14 Uhr.

ist aber nicht genügend bekannt, daß nach diesem ersten Forderungs-schritt noch drei andere automatisch mitbewilligt werden, so daß die deutsche werksfähige Bevölkerung für die kommenden Jahre die Summe von 450 bis 500 Millionen Mark für die Marine aufzubringen hat.

Ein dreifacher Gemäldebediebstahl

Ein aufsehenerregender Gemäldebediebstahl ist jetzt von der Berliner Kriminalpolizei aufgedeckt worden. Der bekannte Kunsthändler Friedrich Wilhelm Vippmann wurde zusammen mit seinem Freund, dem Münchner Kunsthändler August Wener, und einem 28 Jahre alten Einbrecher Hermann Jahn verhaftet. Alle drei haben vor etwa vierzehn Tagen eine Kapelle aus Schloß Koblitz bei Jüterz in Bayern geraubt und dabei zwei kostbare Altarbildnisse, die von Lukas Cranach stammen sollen, gestohlen.

Vippmann, der ein Sohn des verstorbenen Direktors des Berliner Kupferstichkabinetts, Geheimrat Vippmann, ist, erfreute

sich eines guten Rufes als Kunsthändler, so daß man zunächst gar nicht daran kam, ihm diesen Diebstahl anzutragen. Er handelt sich bei den Kunstwerken, deren Wert mehrere hunderttausend Mark beträgt und die jetzt in Berlin bei einem Welter in jerschiedenem Zustand aufgefunden wurden, um Kunstwerte, deren Entdeckung erst vor kurzem einem kleinen Kreise von Kunsthändlern bekanntgeworden ist. Um so größer war deshalb das Aufsehen, als die Nachricht eintraf, daß die Gemälde am Sonntag, dem 19. Februar, gestohlen worden waren.

Die Ermittlungen lenkten die Aufmerksamkeit der Kriminalpolizei auf den 45 Jahre alten Kunsthändler Friedrich Wilhelm Vippmann, der zunächst beobachtet und schließlich verhaftet wurde. Er mußte nach langem Weigern ein umfassendes Geständnis ablegen. Er erklärte, daß er aus Not gehandelt habe, da er zu seinem Freunde Wener in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis stände und von diesem, sowie einem gewissen 29 Jahre alten Armin Schmidt, um große Beiträge erpreßt worden sei.

Die Tat war mit äußerster Berwegenheit zur Ausführung gelangt. Vippmann, Wener und Schmidt hatten zwei gewerdbemäßige Einbrecher namens Ernst Graste und Hermann Jahn dazu gebunden. In einem Automobil wurde die Reise nach Schloß Koblitz angetreten, nachdem man sich vorher dort genau über die Verhältnisse orientiert hatte. Auf der Fahrt hatte die Bande noch einen Betriebsunfall. Es wurden ihnen nämlich die gesamten Einbruchswerkzeuge während eines kurzen Aufenthaltes gestohlen. Jahn wollte jetzt eigentlich umkehren, ließ sich aber überreden, den Einbruch mit den Werkzeugen des Chauffeurs vorzunehmen.

In Schloß Koblitz mußten die Einbrecher über zwei hellleuchtende Burgtürme hinweg und vier Türen aufbrechen, ehe sie in die Kapelle gelangten. Alles in allem brauchten sie zum Diebstahl aber doch nicht mehr als acht Minuten. In rasender Fahrt ging es sodann mit der Bande zurück nach Berlin, wo Vippmann den Verkauf der Kunstwerke übernehmen sollte. Die Kriminalpolizei sucht augenblicklich noch die Einbrecher Graste und den Expreller Armin Schmidt sowie auch den Chauffeur Günther, der in alles eingeweiht war.

Metallarbeiter-Ausperrung in Berlin



Protest-Demonstration der Ausgesperrten vor den Siemens-Betrieben